

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Marcus Weinberg (Hamburg), Dr. Thomas Feist, Michael Kretschmer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Heiner Kamp, Dr. Martin Neumann (Lausitz), Sylvia Canel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 17/10122 –**

Stärken von Kindern und Jugendlichen durch kulturelle Bildung sichtbar machen

A. Problem

Die Bekämpfung von Bildungsarmut ist eine zentrale bildungspolitische Herausforderung. Gute Bildung ist das Fundament für ein eigenverantwortliches und selbstbestimmtes Leben. Dieses zu gewährleisten, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Eine Aufgabe nicht nur des Staates, sondern aller zivilgesellschaftlichen Akteure. Dabei sind der ausgeprägte Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen, der demographische Wandel und insbesondere die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund sowie die Verwirklichung eines inklusiven Bildungssystems eine große Herausforderung. Durch die Förderung bildungsbenachteiligter junger Menschen kann die Entwicklung der Persönlichkeit und der sozialen Kompetenz der jungen Menschen sichergestellt werden.

B. Lösung

Das Programm „Kultur macht stark. Bündnis für Bildung“ ist die Antwort auf die genannten Herausforderungen. Benachteiligten Kindern und Jugendlichen soll unabhängig von der Förderung im Elternhaus ein gutes Rüstzeug für einen Bildungsweg mitgegeben werden. Insbesondere außerschulische Angebote im Rahmen des Bündnisses für Bildung haben ihren Schwerpunkt in der kulturellen Bildung. Mit dem genannten Programm, das mit Projektmitteln von bis zu 50 Mio. Euro in den folgenden Jahren ausgestattet werden soll, unterstützt der Bund Kinder und Jugendliche, die unter schwierigen Bedingungen aufwachsen. Die Ziele dieses Programmes werden begrüßt. Neben weiteren Forderungen soll die Bundesregierung insbesondere die Bedeutung der kulturellen Projekte durch eine weiterhin verlässliche Unterstützung entsprechender Projekte und Infrastrukturen stärken sowie ihr Engagement für eine starke kulturelle Bildung fort-

setzen und die kulturelle Vermittlung in den von ihr dauerhaft geförderten kulturellen Einrichtungen als eine Kernaufgabe ansehen.

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/10122 anzunehmen.

Berlin, den 16. Januar 2013

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ulla Burchardt
Vorsitzende

Dr. Thomas Feist
Berichtersteller

Marianne Schieder (Schwandorf)
Berichterstatlerin

Sylvia Canel
Berichterstatlerin

Dr. Rosemarie Hein
Berichterstatlerin

Ekin Deligöz
Berichterstatlerin

Bericht der Abgeordneten Dr. Thomas Feist, Marianne Schieder (Schwandorf), Sylvia Canel, Dr. Rosemarie Hein und Ekin Deligöz

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/10122** in seiner 195. Sitzung am 27. September 2012 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktionen der CDU/CSU und FDP stellen fest, dass eine gute Bildung für junge Menschen als Fundament für eigenverantwortliches, selbstbestimmtes Leben gewährleistet werden muss. Dies sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht alleine den Staat auf allen seinen Ebenen, sondern insbesondere auch die zivilgesellschaftlichen Akteure bis hin zu jedem Einzelnen fordert. Gerade im Hinblick auf den demographischen Wandel und eine bessere Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund sowie der Verwirklichung eines inklusiven Bildungssystems ist die Bekämpfung von Bildungsarmut eine zentrale bildungspolitische Herausforderung. Der ausgeprägte Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungschancen zeigt die Notwendigkeit der Gewährleistung guter Bildung. So seien Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund überproportional häufig von Bildungsarmut betroffen. Gerade in Zeiten eines sich verstärkenden Fachkräftemangels müsse die Gesellschaft im Interesse einer Mehrung des Wohlstandes für alle gute Bildung als einen Garant für den Zusammenhalt in unserem Land und als Grundlage für die persönliche Entfaltung des Einzelnen sehen. Dies gelte insbesondere mit Blick auf die Entwicklung der Persönlichkeit von Kindern und Jugendlichen und ihren sozialen Kompetenzen.

Der Bund liefere mit dem Programm „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ die richtige Antwort auf diese Herausforderungen und werde so seiner gesamtstaatlichen Verantwortung gerecht. Die antragstellenden Fraktionen wollen benachteiligten Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihrer Förderung im Elternhaus ein gutes Rüstzeug mit auf den Bildungsweg geben. Das Programm ist auf fünf Jahre angelegt. Im ersten Programmjahr stellt der Bund bis zu 30 Mio. Euro für die Bildungsbündnisse zur Verfügung. In den folgenden Jahren sollen die Projektmittel bis auf 50 Mio. Euro gesteigert werden.

Die außerschulischen Angebote im Rahmen der Bündnisse für Bildung richten sich an benachteiligte Kinder und Jugendliche. Wichtig sei hierbei die lokale zivilgesellschaftliche Ebene. Damit würden Kinder und Jugendliche unterstützt, die unter schwierigen Bedingungen aufwachsen. Diese sollen eine Unterstützung und Stärkung in ihrer Persönlichkeitsentwicklung und damit ihres Selbstbewusstseins erfahren.

Die landes- und bundesweite Eröffnung neuer Bildungschancen, eine breite Bürgerbewegung für gute Bildung, eine verstärkte Vernetzung verschiedener Bildungsak-

teure vor Ort seien die drei zentralen Ziele, die der Bund mit dem Bündnis für Bildung verfolge.

Der Deutsche Bundestag solle begrüßen,

- dass die Bundesregierung die Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP konsequent umsetzt, „gemeinsam mit den Ländern den Zugang zu kulturellen Angeboten unabhängig von finanzieller Lage und sozialer Herkunft [zu] erleichtern und die Aktivitäten im Bereich der kulturellen Bildung [zu] verstärken“ und kulturelle Bildung dabei auch als Mittel der Integration verstehe;
- dass die Bundesregierung die vielfältigen Aktivitäten der kulturellen Bildung mit bundesweiter Bedeutung unter unterschiedlichen Perspektiven insbesondere durch drei maßgebliche Akteure fördere: das Bundesministerium für Bildung und Forschung, das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien;
- dass von diesen Akteuren in dieser Legislaturperiode bemerkenswerte Anstrengungen unternommen worden sind, um kulturelle Bildung als Investition in die Zukunftsfähigkeit unseres Gemeinwesens sichtbar zu machen, Initiativen zu ergreifen und entsprechende Aktivitäten verlässlich zu finanzieren;
- dass mit der „Allianz für Bildung“ ein Dach für die lokalen Bildungsbündnisse geschaffen wurde, um so eine Vernetzung gerade im Bereich der kulturellen Bildung sicherzustellen.

Die Bundesregierung soll neben weiteren Forderungen insbesondere dazu aufgefordert werden,

- die Bedeutung der kulturellen Bildung durch eine weiterhin verlässliche Unterstützung entsprechender Projekte und Infrastrukturen zu stärken und entsprechend zu würdigen;
- ihr Engagement für eine starke kulturelle Bildung fortzusetzen und die Voraussetzungen zu schaffen, dass Angebote kultureller Bildung von einer breiten Bewegung für bessere Bildungschancen mit unterstützt werden;
- in den von ihr dauerhaft geförderten kulturellen Einrichtungen kulturelle Vermittlung als Kernaufgabe anzusehen;
- deutschlandweit Bündnisse für Bildung zu unterstützen, die sich vor Ort aus unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammensetzen und deren Anliegen es ist, bildungsbenachteiligte Kinder durch außerschulische Maßnahmen unter besonderer Berücksichtigung der kulturellen Bildung zu fördern;
- ein Expertengremium einzuberufen, das die eingereichten Förderkonzepte begutachtet und die geeigneten Maßnahmen zur Förderung auswählt;
- sich dafür einzusetzen, dass Fortbildungsmaßnahmen für Anbieter außerschulischer Bildungsmaßnahmen ermöglicht werden;

- für die Arbeit der Bildungsbündnisse nach einem Zeitraum von zweieinhalb Jahren eine Zwischenevaluierung durchzuführen und auf der Grundlage der Ergebnisse die Umsetzung der Bündnisse gegebenenfalls zu verbessern.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der mitberatende **Haushaltsausschuss** hat auf seiner 103. Sitzung am 18. Oktober 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/10122 anzunehmen. Die mitberatenden **Ausschüsse für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie für Kultur und Medien** haben in der 84. bzw. 77. Sitzung am 16. Januar 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/10122 anzunehmen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage in seiner 91. Sitzung am 16. Januar 2013 ohne Debatte beraten und empfiehlt:

Annahme des Antrags auf Drucksache 17/10122 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Berlin, den 16. Januar 2013

Dr. Thomas Feist
Berichtersteller

Marianne Schieder (Schwandorf)
Berichterstellerin

Sylvia Canel
Berichterstellerin

Dr. Rosemarie Hein
Berichterstellerin

Ekin Deligöz
Berichterstellerin

